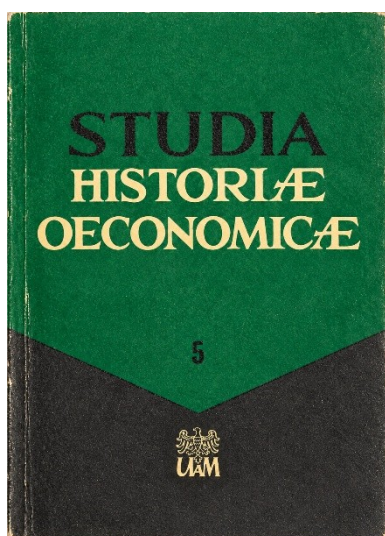




Tomaszewski, A. (1970) 'Die polnisch-sowjetischen Handelsbeziehungen in den Jahren 1920-1929', *Studia Historiae Oeconomicae*, 5, pp. 281-302.

<https://doi.org/10.14746/sho.1970.05.1.018>

Text of article:

<https://pressto.amu.edu.pl/index.php/sho/article/view/57462>

The text was digitised from an earlier printed edition of *Studia Historiae Oeconomicae*. The digitisation process involved scanning, automated optical character recognition (OCR), and subsequent manual verification of the recognised text. The original source material is held by the Collegium Historicum Library at Adam Mickiewicz University, Poznań.
bch.amu.edu.pl

The task was carried out within the framework of the competition "Social Responsibility of Science II – Support for Scientific Libraries". The project entitled "Digitization of archival editions of scientific journals collected by the Library of the Coll. Historicum of Adam Mickiewicz University". The project was co-financed from state budget funds granted by the Minister of Science within the framework of the Programme Social Responsibility of Science II. Support for Scientific Libraries (agreement no. BIBL/SP/0092/2024/02 of 05.12.2024).

Total value of the project: PLN 247,236.00. Amount of co-financing: PLN 220,836.00.



UNIwersytet
IM. ADAMA MICKIEWICZA
W POZNANIU



Ministerstwo Nauki
i Szkolnictwa Wyższego



Spółeczna
Odpowiedzialność
Nauki II

Jerzy Tomaszewski (Warszawa)

DIE POLNISCH-SOWJETISCHEN HANDELSBEZIEHUNGEN IN DEN JAHREN 1920 - 1929

Die von den drei Großmächten annektierten Gebiete Polens waren vor dem I. Weltkrieg wirtschaftlich sehr eng an diese gebunden. Nach den Berechnungen von H. Tennenbaum, wurden etwa 93% des Ausfuhrwertes aus dem Königreich Polen nach dem Inneren Rußlands geleitet, und beinahe 60% des allgemeinen Einfuhrwertes bezog man von dort¹. Analogische Beziehungen bestanden zwischen den von Preußen annektierten Gebieten und Deutschland sowie den von Österreich annektierten Gebieten zu Österreich-Ungarn. Die Auferstehung des polnischen Staates löste zwar die bisherige politische Abhängigkeit auf, doch die Handelskontakte blieben weiter fest. Im Jahre 1923 fielen vom ganzheitlichen Export Polens 51% auf Deutschland zu, dagegen auf die drei Erbfolgestaaten der Habsburgischen Monarchie (Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn) 16%. Analogische Prozentsätze für den Import betrugen 44% und 14%². Der überwiegende Teil des polnischen Außenhandels fiel demnach auf diejenigen Länder zu, in deren Grenzen sich das Territorium des jungen polnischen Staates einst befand. Die historisch geformten Handelsrichtungen unterlagen zwar in den folgenden Jahren gewissen Veränderungen, jedoch die Umsätze mit den erwähnten Ländern bewahrten für den polnischen Staat in der ganzen Zwischenkriegszeit eine erstrangige Bedeutung.

Eine Ausnahme bildete der Handel mit den sowjetischen Republiken. Trotzdem vor 1914 die von Rußland annektierten Gebiete Polens in regen Beziehungen zu anderen Gebieten des Zaratsstanden, blieb der polnisch-sowjetische Warenumsatz in der Zwischenkriegszeit auf niedrigem Niveau (Taf. 1).

Der Import aus der Sowjetunion war für Polen von geringer Bedeutung, eine etwas größere Rolle spielte der Export.

¹ H. Tennenbaum: Bilans handlowy Królestwa Polskiego (*Die Handelsbilanz des Königreichs Polen*). Warszawa 1916, S. 392 - 395.

² J. Tomaszewski: Związki handlowe państw sukcesyjnych w okresie międzywojennym (*Die Handelsbeziehungen der Erbfolgestaaten in der Zwischenkriegszeit*). In: Studia z dziejów ZSRR i Europy środkowej, Bd. IV, S. 86.

Tafel 1.

Der polnisch-sowjetische Handel in den Jahren 1922 - 1929

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	In Mill. Zl.	Prozentsatz der gesamten polnischen Einfuhr	in Mill. Zl.	Prozentsatz der gesamten polnischen Ausfuhr
1922	2,9	0,3	20,9	3,2
1923	4,9	0,4	22,6	1,9
1924	4,9	0,3	11,4	0,9
1925	8,9	0,6	35,2	2,8
1926	7,7	0,8	24,6	1,9
1927	100,0	3,5	44,9	1,8
1928	39,1	1,2	38,6	1,5
1929	39,9	1,3	81,1	2,9

Anmerkung: Bis einschließlich 1926 Zloty in Gold. Rocznik Statystyki R. P.

Quelle: (*Statistisches Jahrbuch der Republik Polen*) 1924, S. 88; 1927, S. 240; 1930, S. 166 - 167.

Tafel 2.

Der sowjetisch-polnische Handel in den Jahren 1921 - 1928/29
(als Prozentsatz des gesamten Umsatzes der UdSSR)

Jahr	Import	Export
1921	0,2	0,1
1922	3,6	3,5
1923	5,4	1,2
1923/24	1,5	0,8
1924/25	.	.
1925/26	1,4	0,5
1926/27	1,9	2,5
1927/28	0,8	1,9
1928/29	2,1	1,5

Quelle: Dokumenty wnešnej politiki UdSSR Bd. V Beil. 3, Bd. VI Beil. 5, Bd. VII Beil. 7, Bd. IX Beil. 4, Bd. XI Beil. 2, Bd. XII Beil. 2.

Die sowjetischen Angaben weisen darauf hin, daß die Umsätze mit Polen ebenfalls für die UdSSR keine große Bedeutung hatten (Taf. 2).

Es ist dabei natürlich nicht zu vergessen, daß die Statistik des Außenhandels nur einen Annäherungswert besitzt, da sie in verschiedenen Ländern in Hinsicht auf ihre Methoden unterschiedlich aufgestellt wird³. Man sollte sich deswegen nicht wundern, wenn die sowjetischen und die polnischen Angaben eine Reihe von Unterschieden aufweisen. Sie sind jedoch nicht sehr groß. Wichtiger ist die Tatsache, daß neben dem offiziellen Handel noch

³ Vgl. H. Gliwic: Międzynarodowa współzależność ekonomiczna a polska polityka gospodarcza (*Die internationale gegenseitige ökonomische Abhängigkeit und die polnische Wirtschaftspolitik*). Warszawa—Kraków 1928, S. 131 - 132.

ein sehr großer Schmuggel bestand, dessen Ausmaß man nicht einmal in Annäherung bewerten kann. Die angeführten Zahlen haben daher ausschließlich einen allgemein orientierenden Wert. Sie beweisen, daß, trotzdem der polnisch-sowjetische Handel weit hinter dem Austausch zwischen dem Königreich und dem Zarat vor dem I. Weltkrieg zurückblieb, er seit 1922 eine gewisse Rolle in dem Warenumsatz mit dem Ausland beider Staaten spielte, wobei seine Bedeutung vornehmlich seit 1926 ständig stieg (Taf. 2).

Auf den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und den sowjetischen Republiken lastete vor allem der Krieg, der mit einem Frühling 1921 in Riga unterschriebenen Traktat endete. Selbstverständlich konnte während der Kriegshandlungen von gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen keine Rede sein.

Die Anfänge des Warenumsatzes im Herbst 1920 hatten einen ungestümen Charakter. Von der sowjetischen Seite schmuggelten Bauern über die Grenze Getreide für Petroleum und Salz. Der Handel hatte einen Tauschcharakter und entwickelte sich anfangs vor allem im Gebiet der Ukraine⁴. Das war eine Verletzung der Gesetze der Ukrainischen Republik, jedoch der fühlbare Mangel an Industriewaren in dem durch den Krieg verwüsteten Lande und ein ungenügender Grenzschutz nötigten zur praktischen Duldung dieses Sachverhaltes. Übrigens unternahm man bald beiderseits eine Probe, den Austausch zu regeln⁵. Der Handel durfte in einer Neutralzone von 15 km zustandekommen. Von polnischer Seite war eine Genehmigung der Militärbehörden unentbehrlich. Die Erlangung einer solchen Genehmigung stellte die Handelsfirmen in eine fast monopolistische Situation, die sie für die Festsetzung von Wucherpreisen für eigene Waren ausnutzten (vor allem für landwirtschaftliche Werkzeuge). Von sowjetischer Seite nahmen in diesem Handel die Vertreter des „Wnjeschtorg“ teil. Daneben blieb in einem großen Maße der illegale Handel bestehen.

Ende September wurde der illegale Handel sehr erschwert, da die polnischen Behörden die Grenze schlossen und im Gebiet der Ukraine nur einen Austauschpunkt in Podwoleczyska bleiben ließen.

Bereits Anfang Februar 1921 traf das Polnische Ministerium des Inneren Maßregeln betreffs einer maximalen Vergrößerung der Anzahl der Austauschpunkte für den Grenzhandel. Damit ging das Ministerium für Industrie und Handel auf eine Erleichterung für Handelsfirmen ein, die Handelspunkte in den Grenzgebieten mit der UdSSR anlegen wollten. Dieses wurde von

⁴ Archiwum Akt Nowych (*Das Archiv für neue Akten* in Warszawa — im weiteren AAN), Ministerstwo Spraw Zagranicznych (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten — im weiteren MSZ), P III 6665. Referat u.d. Tit.: Stosunki na Podolu (*Die Verhältnisse in Podole*) 17. Januar 1921.

⁵ Archiv Ministerstva Zahraničnych Věci in Prag (im weiteren AMZV), MZV Národohospodářská sekce, zpráva 28 vom 3. März 1922, II sekce 212.

den sowjetischen Behörden mit Wohlwollen begrüßt. „Wnjeschtorg“ eröffnete in einem der ukrainischen Städtchen nahe der Grenze eine spezielle Abteilung für den Handel mit Polen. An der Aufnahme von Handelsbeziehungen nahmen Vertreter der russischen und ukrainischen Sowjetgenossenschaften aktiven Anteil.

In Weißrußland wurde zum Handelszentrum mit Polen Mińsk⁶. Von sowjetischer Seite war offiziell zu den Kauftransaktionen „Wnjeschtorg“ berechtigt, viel größer war jedoch der illegale Handel, der sich u.a. zum Ziel setzte, die Großstadtzentren Rußlands in Waren zu versorgen, die damals luxuriösen Charakter hatten. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und den Sowjetrepubliken war für beide Seiten von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Den Sowjetrepubliken mangelte es an Industriewaren, die von polnischen Kaufleuten geliefert werden konnten. Auf diesem Wege konnten auch Waren aus anderen Ländern eingeführt werden, die zu Rußland, zu der Ukraine und zu Weißrußland keine Beziehungen unterhielten. Eine Festigung der wirtschaftlichen Kontakte hatte außerdem ohne Zweifel eine politische Bedeutung, weil damit der erste Schritt zur Beseitigung des Boykotts seitens der Kapitalisten gegenüber den jungen Sowjetrepubliken getan wurde.

Die spezifischen Zustände des Jahres 1921 gaben den polnischen Kaufleuten eine Chance im Außenhandel der Sowjetrepubliken eine wichtige Position einzunehmen und die Rolle des Vermittlers zwischen ihnen und den Ländern Westeuropas auszuüben. Der russische und der ukrainische Markt hatten schon traditionell eine große Bedeutung für die polnische Industrie. Zum politischen Vorteil konnte für Polen auch diese Tatsache gereichen, daß es als erster Staat die Sowjetrepubliken anerkannte und mit ihnen einen Traktat schloß.

In Rücksicht darauf, erwartete man einen baldigen Abschluß eines Handelsübereinkommens, das im Friedensvertrag vorgesehen war. In der Tat standen dieser Verständigung verschiedene Gründe im Wege.

Es ist dabei nicht zu vergessen, daß die Kriegszeit nicht ohne Spuren in dem politischen Bewußtsein beider Seiten verfloßen war. Die polnischen Regierungskreise hegten Mißtrauen gegenüber dem östlichen Nachbarn und befürchteten eine Infiltration der kommunistischen Ideologie. Es herrschte auch die Überzeugung — übrigens auch in anderen kapitalistischen Ländern — daß die Sowjetregierung einen vorübergehenden Charakter besäße und man also mit ihr keine festen Verträge schließen solle. Eine grundsätzliche Bedeutung hatte schließlich die antisowjetische Stellung Frankreichs, das einen starken Einfluß auf die Politik der polnischen Regierung ausübte.

⁶ AMZV, MZV Národohospodárská sekce, zpráva 35 vom 14. März 1922, II sekce 212.

Von der sowjetischen Seite aus verfolgte man mit Mißtrauen die Politik Polens und befürchtete, daß Polen zum Kettenglied der gegen die Sowjets gerichteten Staaten in Europa werde. Die Unentschlossenheit, Schwankungen und Befürchtungen der polnischen Politiker interpretierte man als eine Art von Manövern, die erneut zu einer Waffenintervenz führen sollten. In der Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens schwollen sogar unbedeutende Streite zu grundsätzlichen Konflikten an.

Man darf auch nicht die verschiedenartigen Schwierigkeiten unterschätzen, die durch die Unterschiede in der Verfassung verursacht waren. Das Außenhandelsmonopol des Staates in den Sowjetrepubliken stellte die Kaufleute der kapitalistischen Staaten in eine neue und ihnen unbekannte Situation. Traditionelle Handelsmethoden mußten modifiziert werden. Dieses verursachte eine Unsicherheit und nicht selten ein Mißtrauen gegenüber den sowjetischen Handelsinstitutionen. Zahlreiche Zweifel rief ebenfalls die Sache der Regelung der Rechnungsbeträge hervor, in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Situation der Sowjetrepubliken.

Die gegenseitigen Handelsbeziehungen erforderten jedenfalls, daß man sie ordne. Die erste und einseitige Probe war der von der polnischen Regierung im Sommer 1921 gefaßte Entschluß, die Handelsbeziehungen mit den Republiken sollen der in Polen allgemein geltenden Anordnung über den Außenhandel unterliegen⁷. Dieses bedeutete eine Erleichterung in der Ausfuhr von Waren nach dem Osten und eine Regelung der Zoll- und der Sanitätsprobleme.

Anfang Dezember 1921 trat die polnische Regierung — gemäß den Beschlüssen des Friedensvertrages — mit dem Vorschlag hervor, ein Handelsabkommen mit den Sowjetrepubliken zu schließen, was von dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (NKID) „mit Zufriedenheit“ begrüßt wurde⁸.

Diese polnische Initiative traf mit gewissen Veränderungen in der Einstellung der führenden kapitalistischen Großmächte den Sowjetrepubliken gegenüber zusammen. Es erschienen Pläne eines „Wiederaufbaus von Rußland“⁹.

Unter diesem Begriff verstand man eine Form der allmählichen Wiederherstellung der kapitalistischen Zustände und eine Expansion der westlichen Großmächte (auf dem Gebiet des Handels und des Kapitals). Eine Hoffnung auf eine derartige Situationsänderung rief die Tatsache hervor, daß die sowjetische Regierung im Sommer 1921 andere Staaten der Welt um Hilfe gegen Hungersnot bat.

⁷ Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich (*Dokumente und Materialien zur Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen* (im weiteren DiM)), Bd. IV, Dok. Nr. 26.

⁸ Dokumenty wjjeschnjej politiki SSSR (im weiteren DWP), Bd. IV, Dok. Nr. 326.

⁹ „Exposé w sprawie rosyjskiej“ 17 stycznia 1922 („*Exposé zu dem Problem Rußlands*“ 17. Januar 1922), AAN, MSZ P III 6760 K. 11 - 13.

In diesen Umständen hatte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Sowjetrepubliken wirtschaftliche und politische Kontakte mit anderen Staaten ohne Anteil Polens anknüpfen könnten. Dieses konnte negative Folgen nach sich ziehen und nötigte zur Aufnahme einer aktiven Politik.

Die Initiative der Regelung der Handelsbeziehungen mit dem östlichen Nachbar begleiteten noch andere Schritte. Die polnische Regierung wendete Bemühungen auf (vor allem mittels der französischen Regierung), in den Plänen des „Wiederaufbaus von Rußland“ teilzunehmen¹⁰. Diese Initiative war zur Zeit fast aussichtslos. Polen disponierte weder über Geldmittel, die zur Finanzierung der Pläne unentbehrlich waren, es benötigte sogar selber Kapital zum Wiederaufbau der eigenen Wirtschaftsbasis. Gewisse Hoffnungen verband man jedoch mit der Tatsache, daß den polnischen Unternehmern die russischen Zustände gut bekannt waren, daß sie also als Vermittler zwischen Rußland und der kapitalistischen Welt auftreten konnten. Polen war auch nicht imstande Maschinen und andere Waren in Genüge zur Deckung der Bedürfnisse der Sowjetrepubliken zu liefern (Oberschlesien gehörte noch nicht zum Staat), zumal es seine eigene Wirtschaft aufbauen mußte.

Polen verlor auch nach und nach an Attraktion als Partner für die Sowjetrepubliken, die schon die ersten Kontakte mit Deutschland aufnahmen und konkrete wirtschaftliche Erfolge erreichten; immer deutlicher zeichnete sich auch die Aussicht auf Beziehungen mit den Wirtschaftskreisen anderer Länder. In solchen Umständen trat der Handelsaustausch und die Zusammenarbeit mit Polen in den Hintergrund. Dagegen war für die Sowjetrepubliken von erstrangiger Bedeutung der Transitverkehr über Polen.

Es scheint, daß diese Veränderungen von der polnischen Diplomatie nicht rechtzeitig wahrgenommen worden waren. Seit Dezember 1921 traf sie intensive Vorbereitungen zur Konferenz betreffs des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Rußlands. Man befürchtete, daß er die Position der Sowjets festigen werde, vor allem infolge der Meinungsunterschiedenheiten zwischen den Verbündeten. Die polnische Regierung unternahm die Probe ihren Standpunkt mit denen Frankreichs, Rumäniens und der Tschechoslowakei in Übereinstimmung zu bringen¹¹. Andererseits versuchte man jedoch sich mit der UdSSR in bestimmten Problemen zu verständigen, um sich einige Vorteile aus der eventuellen Zusammenarbeit mit ihr zu sichern¹². Man darf annehmen, daß

¹⁰ Ebd. K. 17 - 18.

¹¹ Instrukcja MSZ (*Instruktion des MSZ*) vom 25. Januar 1922. AAN, MSZ P III 6760 K. 20 - 21. Wesentliche Vorbehalte gegen die Konferenz erhob ebenfalls E. Benesz, der in der Beschleunigung der De-jure-Anerkennung Sowjetrußlands einen Fehler sah. Vgl. die Notiz des Gesandten der ČSR P. Maxa im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vom 17. Januar 1922. AAN, MSZ P III 6760, K. 28.

¹² AAN, MSZ P III 6760, K. 31. Bericht über die Tätigkeit der Kommission des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten betreffs Rußlands Wiederaufbau; In-

ein konsequentes Bestreben um Zusammenarbeit von polnischer Seite von denjenigen sowjetischen Politikern positiv begrüßt würde, die die Folgen der russisch-deutschen Annäherung befürchteten. Unter den Bedingungen einer abgeneigten Stellungnahme Polens und anderer Staaten war die Zusammenarbeit mit Deutschland der einzige Ausweg aus der damaligen Situation, doch sie konnte negative Folgen in weiterer Zukunft haben¹³. Noch Anfang April 1922 machte K. Radek im Gespräch mit einem der Angestellten der polnischen Gesandtschaft in Berlin auf die Erweiterung der deutsch-russischen Verbindungen aufmerksam, doch wies er zugleich darauf hin, daß Polen noch die Aussichten besitze, eine bevorrechtigte wirtschaftliche Position in Rußland zu erlangen¹⁴.

Polen ließ jedoch diese Gelegenheit entgehen. Deutschland dagegen nutzte die Chance aus, die ihm das Bestreben der sowjetischen Republiken zur Durchbrechung der Isolierung gab, und unterschrieb Mitte April 1922 den Vertrag in Rapallo. Die dagegen erhobenen Einsprüche Polens und seiner westlichen Verbündeten konnten die Situation nicht mehr ändern.

Im Laufe des Jahres 1922 bemühten sich einzelne Firmen Westeuropas um Konzessionen in Rußland¹⁵. Trotz aller Hindernisse erstarkte allmählich die Sowjetregierung und überwand die wirtschaftliche Isolierung. Das Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen mit Polen verminderte sich, und die Stellung der polnischen Diplomatie rief in Rußland Enttäuschung und Entmutigung hervor¹⁶. Besorgnis mußten außerdem die Pläne einiger polnischer Politiker erregen, die allmählich den wirtschaftlichen Einfluß Polens in der Ukraine verstärken und eventuelle Meinungsunterschiede zwischen den Regierungen Rußlands und der Ukraine ausnutzen wollten¹⁷.

struktion des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 7. März 1922. AAN, Botschaft in Moskau 54, K. 16 - 17. U.a. kann die Beratung der Delegierten von Estland, Lettland, Polen und Rußland Ende März 1922 eine wesentliche Bedeutung gehabt haben. Das Schlußprotokoll der Beratungen stellte fest: „Die Delegierten Estlands, Lettlands und Polens sprechen die Meinung aus, daß die De-jure-Anerkennung der Sowjetrussischen Regierung den Interessen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Osteuropas entspreche“, DWP V Nr. 96.

¹³ Derartige Befürchtungen äußerte im Dezember 1921 L. Karachan. J. Lewandowski: Rozmowa Karachan—Maxa (*Gespräch Karachan—Maza*). In: Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej, Bd. IV. S. 199.

¹⁴ Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an die Gesandtschaft der Republik Polen in Moskau, am 8. April 1922. AAN, Botschaft in Moskau 54, K. 24.

¹⁵ H. Strasburger an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, am 5. Juli 1922. AAN, Botschaft in Moskau 26, K. 17.

¹⁶ Vgl. z. B. DWP IV, Beilage 5.

¹⁷ Aide-mémoire für den polnischen Vertreter in Charkov vom 7.3. 1922. AAN, Botschaft in Moskau 54, K. 7; F. Pułaski: Zasady wschodniej polityki gospodarczej polskiej i bieżące jej zadania (przed 4 kwietnia 1922) (*Grundsätze der Wirtschaftspolitik Polens im Osten und ihre laufenden Aufgaben (vor dem 4. April 1922)*). In: AAN, Botschaft in Moskau 54, K. 10 - 15.

Die ersten polnisch-sowjetischen Gespräche betreffs eines Handelsabkommens begannen im Januar 1922¹⁸. Beiden Seiten gelang jedoch nicht die Verständigung in der prinzipiellen Frage des Transitverkehrs und der Zollpolitik. Für die sowjetische Delegation hatte freier Transitverkehr — vor allem in dem Warenumsatz mit Deutschland — eine sehr große Bedeutung. Die polnische Seite erhob dagegen eine Reihe von Vorbehalten, da sie befürchtete, es könne zwischen ihren beiden Nachbarn zu einer zu engen Zusammenarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Lieferung von Ausrüstung kommen. Die Gespräche wurden ohne konkrete Ergebnisse unterbrochen. Weiterhin bestand demnach der sehr primitive gegenseitige Handelsaustausch, so wie er nach der Einstellung der Kriegshandlungen eingesetzt hatte.

An der Grenze wurden sog. Punkte festgelegt, d.i. Stellen, in denen die polnischen Behörden einen Austausch genehmigten. Dorthin begaben sich Kaufleute, die einen Passierschein in der Ortsstarostei erlangt hatten (Juden wurden Passierscheine nicht ausgehändigt). Von der sowjetischen Seite kamen Agenten des Wnjeschtorgs, Bauern (sie tauschten Roggen und Pelze gegen Industriewaren ein) und Privatkauflleute (die mit Juwelen zahlten). Unabhängig von dem Grenzhandel wirkten in Mińsk und Kijów ebenfalls Agenten polnischer Handelsfirmen. Sie hatten jedoch keine größeren Umsätze, da der Wnjeschtorg Vermittler mied und lieber selbst unmittelbare Kontakte mit den Produzenten anknüpfte¹⁹. Dieses geschah mittels der russischen Handelsmission in Polen, die in den Anfängen des Jahres 1922 eine Reihe von Transaktionen, vor allem betreffs Einkauf von Textilien schloß²⁰.

Die Wiederaufnahme offizieller Handelsgespräche kam, formell von polnischer Seite, jedoch nach aufdringlichen Bemühungen der Sowjets, erst im März 1923 zustande²¹. Es ist zu betonen, daß diese Bemühungen in einer Zeitspanne unternommen wurden, während in Berlin Gespräche mit der sowjetischen Delegation betreffs der Finanzierung der Transaktionen auf

¹⁸ Vgl. M. Safianowska: *Chronologia stosunków międzynarodowych Polski 1922 - 1923 (Eine chronologische Aufstellung der internationalen Beziehungen Polens 1922 - 1923)*. Warszawa 1956 (vervielfältigte Maschinenschrift), Pos. 2006. Dokumente über den Verlauf der Gespräche sind nicht bekannt. Das zitierte „Exposé zu dem Problem Rußlands“ (AAN, MSZ P III 6760, K. 18) informiert, daß die Festlegung des Zeitpunktes und Ortes der Gespräche im Laufe des Dezembers 1921 und Januars 1922 besprochen wurde.

¹⁹ List z granicy bolszewickiej (*Ein Brief aus der bolschewistischen Grenzzone*). In: Przegląd Kupiecki, 1922, Nr. 6, S. 10; M. Steiner: List z „punktów“ (*Ein Brief von den „Punkten“*). In: Przegląd Kupiecki, 1922, Nr. 11, S. 7; Stosunki handlowe z Rosją (*Die Handelsbeziehungen mit Rußland*). In: Tygodnik Handlowy, 1921, Nr. 42/43, S. 468.

²⁰ M. Safianowska: *Chronologia...*, Pos. 1964.

²¹ MiD IV, Nr 152, 153. Über die sowjetische Initiative siehe: Die Gesandtschaft der Republik Polen in Moskau an H. Strasburger am 5. März 1923. AAN, Botschaft in Moskau 31, K. 31.

Grund des Traktats zu Rapallo, geführt wurden²². Dieses dürfte auf das Bestreben der sowjetischen Politiker, sich nicht nur ausschließlich mit Deutschland zu binden, hinweisen. Von polnischer Seite fehlte es jedoch an Interesse und Begeisterung für ernste Gespräche. Man beschloß, nach Moskau Delegierte zu senden, die nur zu Unterhandlungen berechtigt waren, erst später sollte die Delegation um Personen ergänzt werden, die zur Unterschreibung des Vertrages bevollmächtigt sein sollten²³. Nach der Ankunft der polnischen Delegation in Moskau versuchte das NKID erfolglos eine Ausdehnung ihrer Bevollmächtigung zu erlangen. Es kam dabei fast zu einem Abbruch der Gespräche. In dieser Atmosphäre war ein baldiger Effekt kaum zu erwarten, am 21. März wurden die Gespräche auf unbestimmte Zeit aufgeschoben²⁴.

Rußland sah in der Stellungnahme der polnischen Regierung eine Kontinuierung der antisowjetischen Politik der Jahre 1919 - 20 und verhielt sich den verschiedenen internationalen polnischen Initiativen gegenüber mit großem Mißtrauen und Reserve, da es in ihnen die Gefährdung seiner Sicherheit sah²⁵. Man befürchtete, Polen würde sich Frankreich, und seit 1923 auch Großbritannien fügen. Diese Befürchtungen waren übertrieben, wenigstens in dem Sinne, daß Polen damals den Sowjetrepubliken gegenüber keinesfalls aggressiv eingestellt war.

Die polnischen Politiker fürchteten doch ihren Nachbarn im Osten. Mißtrauen und Furcht veranlaßten zur Suche nach Sicherung auf den Fall eines Konfliktes.

In diesen Verhältnissen befand sich die Sache des Handelsabkommens im Hintergrund. Es scheint, als ob beide Seiten außerdem die Bedeutung der Unterhandlungen für den Partner überschätzten. Die sowjetischen Diplomaten vertraten den Standpunkt, daß die traditionellen Handelsbeziehungen zwischen dem Königreich und Rußland die Quelle eines starken Drucks der polnischen Industriellen auf die Regierung, ein Übereinkommen zu treffen, sein werden²⁶. Die polnischen Politiker dagegen meinten, daß Rußland 1923 sich in einer schwierigen internationalen Lage befand, woraus man also in den Handelsgesprächen zusätzliche Vorteile gewinnen könnte²⁷.

Bald jedoch ließen sich Perspektiven einer Besserung beobachten. Die Ende Mai 1923 von Witos berufene Regierung deklarierte mittels ihres Ministers für Auswärtige Angelegenheiten M. Seyda ihre Friedensabsichten Rußland

²² Die Gesandtschaft der Republik Polen in Berlin an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 3. Januar 1923. AAN, MSZ P III 6631.

²³ Die Gesandtschaft der Republik Polen in Moskau an H. Strasburger am 5. März 1923. AAN, Botschaft in Moskau 31, K. 31 - 32.

²⁴ M. Safianowska: *Chronologia...*, Pos. 2874.

²⁵ MiD IV Nr. 154.

²⁶ Ebd.

²⁷ Entwurf der Instruktion des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 30. April 1923. AAN, Botschaft in Moskau 26, K. 63 - 69; MiD IV Nr. 164.

gegenüber und wies auf die Beweise guten Willens der sowjetischen Regierung hin. Diese Deklaration, ferner die Zurücktretung J. Piłsudskis von dem Amt des Chefs des Generalstabs, fanden Anklang in Moskau. Die Regelung der Krise in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland und andere Beweise der Festigung der internationalen Situation Sowjetrußlands, bewegten die polnische Regierung ihre unnachgiebige Stellung aufzugeben²⁸. Unter solchen Umständen empfahl der Minister des Auswärtigen M. Seyda dem polnischen Chargé d'affaires in Moskau R. Knoll, mit der Initiative einer Regelung der Beziehungen mit Sowjetrußland aufzutreten.

Die Reaktion auf diese Initiative war wieder positiv und das NKID vertraute die Durchführung der Gespräche dem sowjetischen Gesandten in Warszawa, L. Obolenski, an²⁹. Den wesentlichen Grund dafür, daß Rußland an Gesprächen mit Polen interessiert war, bildete die Anschwellung einer revolutionären Situation in Deutschland. Am 20. August erwog K. Radek mit R. Knoll in Moskau die Möglichkeit einer Verständigung, die als Austausch für bestimmte politische Vorteile für Polen, den Getreidetransit aus der Ukraine nach Deutschland, im Falle einer Revolution in diesem Lande, gewährleisten würde³⁰. Die polnische Regierung wich jedoch weiterführenden Verpflichtungen betreffs dieses Problems aus und schlug vor, eine allgemeine Verständigung betreffs des Transits zu schließen; den Transport deutscher Waren machte sie jedoch von der Regelung der polnisch-deutschen Beziehungen abhängig³¹. Inzwischen kam ein neues Problem auf, das zur Verschlimmerung der Atmosphäre zwischen den beiden Staaten führte. Am 23. Juli 1923 setzte G. Tschitscherin offiziell die polnische Regierung von der Tatsache der Entstehung der UdSSR in Kenntnis. In einem Antwortschreiben vom 31. August stellte die polnische Regierung eine Reihe von Bedingungen auf, von denen sie die Anerkennung des neuen Staates abhängig machte³². Eine offizielle Anerkennung kam erst Mitte Dezember 1923 zustande, nach zusätzlichen gegenseitigen Erläuterungen.

In den folgenden Monaten ist eine Reihe von Tatsachen zu verzeichnen, die von einer Verschlechterung der polnisch-sowjetischen Beziehungen zeugen³³. In dieser Atmosphäre blieben die Bemühungen von L. Darowski, seit Februar

²⁸ MiD IV Nr. 166.

²⁹ MiD IV Nr. 168. R. Knoll schrieb am 9. Juli 1923 an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß es im Augenblick den Sowjets tatsächlich um die Annäherung zu Polen geht, und das vom politischen wie auch wirtschaftlichen Standpunkt“.

³⁰ R. Knoll an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 20. August 1923. AAN, MSZ P III 6632, K. 1 - 3.

³¹ MiD IV Nr. 179; DWP IV Nr. 300.

³² MiD IV Nr. 174.

³³ Vgl. Z. Landau, J. Tomaszewski: O polityce zagranicznej Polski w latach 1924 - 1925 (*Über die Außenpolitik Polens in den Jahren 1924 - 1925*). In: *Kwartalnik*

bis Juni 1924 des Gesandten der Republik Polen in Moskau, die Handelsgespräche einzuleiten, erfolglos. Sie zeugten jedoch von der für beide Staaten gemeinsamen Tendenz einer Wiederaufnahme eines Handelsabkommens³⁴. Die Tendenzen zu einer Annäherung wurden erst durch die neuen Elemente in der internationalen Lage Deutschlands beeinflusst. Trotz des sowjetisch-deutschen Vertrages in Rapallo stieß die Realisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten auf Hindernisse. Vor allem wurde die Gewährung der Kredite von Deutschland für die Sowjetrepubliken immer wieder aufgeschoben³⁵. Die Vereinbarung der UdSSR mit Deutschland wurde immer weniger attraktiv. Die Beziehungen verschlimmerten sich weiter im Laufe des Jahres 1924. Mitte April 1924 wurde die Gesandtschaft der Republik Polen in Berlin informiert, daß die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens vor August dieses Jahres nicht zu erwarten sei³⁶. Im Februar d.J. ließ der Wnjeschtorg die Benutzung der deutschen Häfen einzuschränken und seit dem 1. Juni die Vermittlung von Antwerpen und Kopenhagen zu nutzen³⁷. Eine polizeiliche Revision im Lokal der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin im Mai 1924 führte zur plötzlichen Verschlechterung der Beziehungen. Die deutschen Handelsvertretungen in der UdSSR wurden geschlossen, der Export aus der UdSSR nach Deutschland eingehalten, sowjetische Bestellungen an deutsche Firmen zurückgezogen³⁸.

Zur gleichen Zeit veränderten sich im Laufe des Jahres 1924 die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Hauptgegnern aus den Kriegsjahren. Man bearbeitete in dieser Zeit den Dawes-Plan und im Januar 1925 schlugen die Deutschen — inspiriert von Großbritannien — den Plan eines Garantiepaktes vor, der dann die Form des im Herbst 1925 in Locarno unterschriebenen Übereinkommens annahm³⁹.

Historyczny 1961, Nr. 3, S. 735; Eine andere Ansicht formulierte K. Lapter: Pierwszy okres polityki zagranicznej Władysława Grabskiego — 19 XII 1923 - 27 VIII 1924 (*Der erste Zeitabschnitt der Außenpolitik von Władysław Grabski 19. 12. 1923 - 27. 8. 1924*). In: *Materiały i Studia I*, S. 176.

³⁴ DWP VII Nr. 93, 178 und VIII Nr. 62.

³⁵ Das Konsulat der Republik Polen in Berlin an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 1. Februar 1924. AAN, MSZ P III 6635.

³⁶ Die Gesandtschaft der Republik Polen in Berlin an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 17. April 1924. AAN, MSZ P III 6636.

³⁷ Die Gesandtschaft der Republik Polen in Berlin an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 23. Februar 1924. AAN, MSZ P III 6636.

³⁸ Das Konsulat der Republik Polen in Hamburg an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 9. Mai 1924. AAN, MSZ P III 6635.

³⁹ Die Literatur zu diesem Problem ist schon sehr umfangreich, so daß in diesem Artikel an den Verlauf der Ereignisse nicht erinnert werden muß. Über die politischen Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR vgl. vor allem W. Balcerak: *Polityka zagraniczna Polski w dobie Locarno (Die Außenpolitik Polens zur Zeit Locarnos)*. Warszawa 1967.

Derartige Tendenzen der europäischen Politik beunruhigten die sowjetischen Diplomaten. Sie sahen die Gefahr einer neuen Blockbildung gegen die UdSSR in dem Deutschland eine ganz wesentliche Rolle spielen würde. Dieses erforderte Vorbeugungsmaßnahmen. Da sich die Beziehungen mit Deutschland verschlimmerten, blieb noch die Probe einer Annäherung an andere Staaten, die im Falle einer Veränderung der internationalen Situation gefährdet waren. Andererseits durfte man auf eine eventuelle Garantie seitens des deutschen Staates nicht verzichten.

Der Dawes-Plan sowie das Projekt eines Garantievertrages weckten Besorgnis ebenfalls in Polen. Dieses veranlaßte die Diplomaten zu einer Annäherungsprobe an die UdSSR⁴⁰. Seit dem Herbst und vielleicht schon seit dem Sommer 1924 und im Laufe des Jahres 1925 verbesserten sich, trotz vieler Hindernisse und gegenseitigem Mißtrauen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Den Höhepunkt bildete der Besuch von G. Tschitscherin in Warszawa Ende September 1925.

Ein rascher Umschlag der polnischen Politik war jedoch kaum zu erwarten, da sich in den gegenseitigen Beziehungen beider Staaten zu viele Hindernisse angehäuft hatten. In Polen waren die einflußreichen politischen Kreise gegen eine Annäherung, vor allem deswegen, weil diese eine Lockerung und vielleicht sogar einen Abbruch der bisherigen Allianzen herbeiführen könnte. Man darf annehmen, daß in Moskau einige Politiker gleichfalls Vorbehalte gegen die Zusammenarbeit mit Polen hatten⁴¹. Tschitscherins Besuch in Warszawa — trotzdem er außerordentlich stark manifestiert wurde — führte zu keinen unmittelbaren Ergebnissen. Polen setzte sich den Unterhandlungen in Locarno nicht entgegen, sondern unterzeichnete die dort verfaßten Dokumente. Dieses schwächte die politische Bedeutung der Annäherung der UdSSR an Polen. Tschitscherin dagegen begab sich von Warszawa nach Berlin, wo er die Zusage bekam, daß der Anteil Deutschlands an den Unterhandlungen in Locarno keinesfalls den Vertrag in Rapallo verletze.

Der politischen Annäherung folgte eine gewisse Besserung der Handelsbeziehungen. Im Mai 1925 gründeten die Vertreter der polnischen Wirtschaftskreise die Gesellschaft für den Handel mit Rußland „Polros“ (Polskie Towarzystwo Handlu z Rosją). Trotz der in dieser Zeit eingeführten Krediteinschränkungen bekam die Gesellschaft von der Bank der Landeswirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) und von der Polnischen Bank (Bank Polski) spezielle Kredite, deren Zweck die Erleichterung des Handels mit der UdSSR

⁴⁰ DWP VII Nr. 284; VIII Nr. 68. Diese Ansicht wurde vor allem von W. Grabski und A. Skrzyński vertreten, einen anderen Standpunkt repräsentierte W. Sikorski. Z. Landau, J. Tomaszewski: O polityce..., S. 735 - 737.

⁴¹ Vgl. W. Balcerak: Polska polityka zagraniczna wobec Locarno (*Die Außenpolitik Polens angesichts Locarno*). In: Przegląd Zachodni 1959 Nr. 6, S. 271.

war⁴². Im Juni begab sich eine Delegation des „Polros“ nach Moskau, um dort Gespräche betreffs der Entwicklung des Handelsaustauschs durchzuführen⁴³.

Im Herbst desselben Jahres wurden Gespräche über den Exportanstieg polnischen Zuckers in die UdSSR unternommen; man begann auch Emailprodukte zu exportieren⁴⁴.

Eine Wiederaufnahme der Gespräche zum Thema eines Handelsvertrages kam doch nicht zustande. Anfang Januar 1925 näherten sich dem Abschluß die Verhandlungen in der Angelegenheit einer Veterinärkonvenz, die vor allem für die UdSSR wichtig war, weil sie eine Reihe von wesentlichen Problemen für den Tier- und Fleischtransit über Polen regelte. Die polnische Regierung machte damals ihre Unterzeichnung von der Schließung des Handelsabkommens abhängig⁴⁵. Wahrscheinlich versuchte man auf diese Weise ein Versteigerungsargument in den künftigen Handelsgesprächen zu erlangen; die polnische Seite betonte vielmals die Tatsache, daß das Handelsabkommen als solches Polen nicht viel geben könne, jedoch vor allem aus politischen Gründen nützlich sei⁴⁶.

Das Jahr 1925 brachte also im ganzen eine wesentliche Besserung der unmittelbaren Handelsbeziehungen (von dem Anstieg der Umsätze zeugen die Zahlen in der Tafel Nr. 1), doch das Problem des Traktats kam nicht von der Stelle. Eine neue Hoffnung auf Verständigung brachte erst der Besuch von G. Tschitscherin⁴⁷.

Der Gesandte der UdSSR in Warszawa, P. Wojkow⁴⁸ strebte danach, die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Ländern enger zu knüpfen. Im Herbst kam es zwischen den Vertretern der polnischen Wirtschaftskreise und dem Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR zur Verständigung betreffs Bildung eines gemeinsamen Handelsunternehmens. Seine Berufung sah man für Dezember 1925 vor, doch kamen wiederum unerwartete Hindernisse dazwischen. Polen erlebte Währungsschwierigkeiten und das verur-

⁴² Sprawozdanie BGK za rok 1925 (*Bericht der Bank der Landeswirtschaft für das Jahr 1925*), S. 27.

⁴³ W. Balcerak: *Chronologia stosunków międzynarodowych Polski 1924 - 1926* (*Eine chronologische Aufstellung der internationalen Beziehungen Polens 1924 - 1926*) (vervielfältigte Maschinenschrift), Pos. 4250.

⁴⁴ „Codzienne Wiadomości Ekonomiczne“ 7 października 1925 (Tägliche ökonomische Nachrichten vom 7. Oktober 1925).

⁴⁵ DWP VIII Nr. 14.

⁴⁶ DWP VIII Nr. 68.

⁴⁷ Dies äußerte der Gesandte der UdSSR P. Wojkow am 9. Oktober 1925 in einer Pressekonferenz: „... in dem vergangenen Zeitabschnitt hatte eine Reihe von politischen Beziehungen Übergewicht über die wirtschaftlichen. Jetzt darf jedoch angenommen werden, daß diese Zeit bereits vorbei ist, daher meine ich, daß für die polnische Industrie der Zeitpunkt gekommen ist, ihre Stellung auf unserem Markt zu stärken...“, MiD IV Nr. 297.

⁴⁸ Vgl. z.B. MiD Nr. 300.

sachte eine Verspätung von 10 Tagen in der Einzahlung der Anteile polnischer Unternehmer (anstatt am 10. XII. wurden die Anteile am 23. XII. eingezahlt). Daraus entstanden einige Schwierigkeiten. Vor einem Abbruch des Vertrages bewahrte die Stellungnahme Tschitscherins⁴⁹. In der zweiten Hälfte Januar 1926 wurde der Vertrag von dem Rat der Volkskommissare genehmigt und am 27. Januar fand in Moskau eine Versammlung zwecks Gründung der neuen Firma, die den Namen „Sowpoltorg“ erhielt, statt⁵⁰. Am 31. Januar eröffnete man in Warszawa die Polnisch-Sowjetische Handelskammer⁵¹. Am 26. Januar informierte H. Gliwic, der Direktor des Departements am Ministerium für Industrie und Handel, von der Einladung Polens zu Handelsverhandlungen mit der sowjetischen Regierung⁵². In einem Antwortschreiben vom 28. Januar, schlug S. Kętrzyński, der Gesandte der Republik Polen in Moskau, vor die Gespräche gegen Ende Februar zu unternehmen⁵³.

Im Februar und März 1926 fanden mehrmalige Unterredungen zwischen S. Kętrzyński und G. Tschitscherin statt, die die Ganzheit der polnisch-sowjetischen Beziehungen betrafen⁵⁴. Die Ergebnisse waren gering, was erneut die Handelsunterhandlungen verschob.

In diesen Bedingungen stieß der Handelsautausch immer wieder auf Schwierigkeiten⁵⁵, die ihren Ausdruck in einer gewissen Umsatzeinschränkung im Jahre 1926 fanden. Es ist jedoch zu erwähnen, daß im Sommer dieses Jahres der Kohleexport in die UdSSR begann⁵⁶.

Geringe Fortschritte in den polnisch-sowjetischen Gesprächen im Frühling 1926 hingen teilweise damit zusammen, daß man in Moskau um die Folgen der erwarteten Machtübernahme durch J. Piłsudski besorgt war⁵⁷. Die Regierung, die nach dem Mai eintrat, setzte jedoch anfangs die politische Linie des vorhergehenden Kabinetts, auch gegenüber der UdSSR⁵⁸ weiter fort. Zu den Gesprächen wirtschaftlichen Charakters kehrte man im November 1926 zurück. Sie führten zur Verständigung in den Transitangelegenheiten über Polen in die UdSSR⁵⁹.

Die Aufschiebung des Handelsabkommens hing mit den sich in die Länge ziehenden politischen Gesprächen zusammen, deren Hauptanliegen im Laufe

⁴⁹ „Codzienne...“, 1/2. Januar 1926.

⁵⁰ Ebd., 23. Januar 1926; MiD IV Nr. 310.

⁵¹ „Codzienne...“, 31. Januar 1926.

⁵² Ebd., 27. Januar 1926.

⁵³ MiD IV Nr. 311.

⁵⁴ MiD IV Nr. 319, 320, 322; DWP IX Nr. 84.

⁵⁵ A. Skrzyński an S. Kętrzyński am 29. April 1926. AAN, Botschaft in Moskau 55, K. 1 - 3.

⁵⁶ W. Balcerak: Chronologia..., Pos. 4888, 4903.

⁵⁷ MiD IV Nr. 327; DWP IX Nr. 168.

⁵⁸ MiD V Nr. 13, 20.

⁵⁹ MiD V Nr. 35, 37, 38, 39; DWP IV Nr. 336.

der Jahre 1926 und 1927 das Problem des Garantievertrags war⁶⁰. Er stieß auf zahlreiche Hindernisse, deren Ursache in den Meinungsverschiedenheiten in der Grundkonzeption beider Seiten lag, außerdem wahrscheinlich auch in der abneigenden Stellung einiger Beamten des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Nichtsdestoweniger stieg der Handelsaustausch an, vor allem dank der fruchtbaren Tätigkeit der Handelsunternehmen „Sowpoltorg“ und „Polros“⁶¹.

Dezember 1927 beschloß die polnische Regierung Maximalzoll für den Warenimport aus denjenigen Ländern einzuführen, mit denen Polen keine Handelsverträge besaß. Das Inkrafttreten der neuen Grundsätze wurde auf den 1. Februar 1928 verlegt, wobei man die Möglichkeit vorsah, diese Grundsätze den Staaten gegenüber, mit denen Handelsunterhandlungen in die Wege geleitet waren, nicht anzuwenden. Diese Anordnung wurde in Moskau als eine gegen die UdSSR gerichtete Maßnahme anerkannt, so daß als erste Reaktion darauf die Drohung einer Einschränkung des Exports nach Polen war⁶². Nach Erläuterungen wurde die Gefahr eines Konflikts abgewendet und der Gesandte der UdSSR in Warszawa D. Bogomołow schlug dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vor, Gespräche betreffs des Handelsvertrages zu unternehmen, worauf die UdSSR aus dem Wirkungsbereich des Maximalzolls ausgeschlossen wurde, und Ende Januar begab sich die polnische Delegation nach Moskau⁶³. Sie weigerte sich jedoch die Unterredungen zu unternehmen — wider der ausdrücklichen Anweisung des Ministers des Auswärtigen — was zu einem diplomatischen Konflikt führte. In den nächsten Tagen kam es zwar zu Aufklärungen, da es augensichtlich beiden Seiten viel an dem Zustandekommen des Handelsvertrags gelegen war. Einstweilen verließen jedoch die polnischen Vertreter Moskau und wiederum trat eine Vertagung der Unterredungen ein⁶⁴.

Eine derartige Wendung in den gegenseitigen Beziehungen war für beide Seiten nachteilig. Infolge des Nichtzustandekommens der Unterredungen unterlag der Kurs der polnischen Anleihe in den Vereinigten Staaten einer Herabsetzung, Gespräche mit Deutschland wurden abgebrochen^{64a}. Zwischen der UdSSR und der Mehrheit der kapitalistischen Länder herrschten gerade damals gespannte Verhältnisse und die Verständigung mit Polen konnte

⁶⁰ Dokumente dazu siehe vor allem AAN, Botschaft in Moskau 55, MiD V sowie MWD X.

⁶¹ Vgl. MiD V Nr. 165.

⁶² Die Gesandtschaft der Republik Polen in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 17. Dezember 1927. AAN, Botschaft in Moskau 37, K. 358.

⁶³ MiD V Dok. Nr. 147, 148, 149, 150, 151; S. Kętrzyński an A. Zaleski am 17. Januar 1928. AAN, Botschaft in Moskau 57, K. 12.

⁶⁴ Dokumente dazu vgl. MiD V Nr. 148, 150—157.

^{64a} MiD V Nr. 156.

für sie vom Vorteil gewesen sein⁶⁵. Daher wurden auf beiden Seiten Schritte unternommen, den Konflikt aufzulösen. Wiederum bildete sich jedoch ein neues Hindernis: das Problem der Wahl des Ortes für weitere Unterredungen, da beide Seiten den Standpunkt vertraten, die Reise nach der Hauptstadt des anderen Landes würde die Anerkennung eigener Niederlage bedeuten⁶⁶. Es handelte sich jedoch nicht allein um das Prestige. S. Patek, dessen Stellung auf den Aufschub der Gespräche Einfluß hatte, stellte in einem Schreiben an A. Zaleski fest, daß die Regelung der Beziehungen mit der UdSSR nur dann möglich sei, wenn Polen den Charakter einer „Großmacht“ beibehielte. Am 14. Februar schrieb er ferner: „Im Angesicht der jetzigen wirtschaftlichen Lage der UdSSR und des jetzigen Einkaufssystems in der UdSSR hat das Handelstraktat als solches keinen großen Wert für uns. Wir brauchen uns also nicht zu beeilen. Im Gegensatz, vielleicht kommen wir besser bei der bisherigen Verzögerung weg“. Er riet noch zu, das Abkommen mit der UdSSR erst nach der Beendigung der Unterredungen dieses Staates mit Deutschland zu unterschreiben⁶⁷.

In der UdSSR war man sich der Ansichten des polnischen Gesandten bewußt und ging auf Zugeständnisse — wenn sie auch nur den Charakter eines Prestiges hatten — nicht ein, weil man darin den Ausgangspunkt zu Gesprächen „von der Position der Großmacht“ von seiten Polens sah. Eine Beunruhigung wurde zugleich durch die Verbreitung von Nachrichten durch einige Mitarbeiter der polnischen Gesandtschaft erregt, die UdSSR treffe Kriegsvorbereitungen⁶⁸, sowie durch die ziemlich freie Aktivität der anti-sowjetisch eingestellten russischen Gruppierungen in Polen.

Das letzterwähnte Problem, das seit der Ermordung des sowjetischen Gesandten, P. Wojkow in Warszawa eine besondere Bedeutung hatte, tauchte im Mai 1928, nach dem Attentat auf A. Lizarew, den Handelsvertreter der UdSSR in Warszawa, wieder auf. Das Attentat wurde zwar unzweideutig von dem polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten verurteilt, welches entschiedene Vorbeugungsmittel für die Zukunft zu unternehmen bemüht war. Doch der Plan der Aussiedlung einer größeren Gruppe der Kontrrevolutionären, die in die Angelegenheit des Attentats eingemischt waren, wurde in Anbetracht der Gegenwirkung seitens des Ministeriums des Inneren, nicht realisiert⁶⁹.

⁶⁵ Vgl. S. Patek an A. Zaleski am 6. Februar 1928. AAN, Botschaft in Moskau 57, K. 30, 38.

⁶⁶ Ebd.; MiD V Nr. 157, 159, 160.

⁶⁷ S. Patek an A. Zaleski am 6. und 14. Februar 1928, AAN, Botschaft in Moskau 57, K. 30 - 38, 47 - 48.

⁶⁸ Vgl. A. Zieleziński an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 24. April 1928. AAN, Botschaft in Moskau 38, K. 35 - 37; DWP XI Nr. 51.

⁶⁹ S. Patek an A. Zaleski am 2. August 1928. AAN, Botschaft in Moskau 2. August 1928, K. 218 - 221.

In dieser Sachlage konnte die Wiederaufnahme der Handelsunterredungen noch immer nicht geregelt werden. Ende Juli erweckte die Rede Bucharins auf dem VI. Kongreß der III. Internationalen die Unruhe der polnischen Regierung.

Entgegen den Erwartungen von S. Patek erleichterte der Zeitverlauf keinesfalls die künftigen Verhandlungen zwischen Polen und der Sowjetunion. Die UdSSR führte Wirtschaftsgespräche mit Deutschland und der Tschechoslowakei⁷⁰, und ihr Erfolg konnte das Interesse an einer Vereinbarung mit Polen schwächen.

Eine erneute Besserung der Atmosphäre in den gegenseitigen Beziehungen ließ sich im Herbst 1928 beobachten. Unter Druck der Sowjets begab sich Anfang September in die UdSSR eine Delegation polnischer Wirtschaftskreise, mit Stanislaw Lubomirski, dem Vorsitzenden des „Lewiatan“ an der Spitze; es war ein Gegenbesuch für den Besuch in Polen sowjetischer Wirtschaftler im Jahre 1926⁷¹. Bei dieser Gelegenheit äußerten die Vertreter polnischer Wirtschaftskreise angesichts der polnischen Regierung die Ansicht, daß die Entwicklung des polnischen Exports in die UdSSR durch Mangel an Krediten und durch ungenügende Garantien seitens der Bank der Landwirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) gehemmt werde. Demzufolge kann das Ausfuhrprogramm für das Jahr 1928 nicht realisiert werden. Für die Entwicklung und das Gedeihen des Handels sind vor allem die Kredite und Garantien zu vergrößern, die Schließung eines Handelsvertrages dagegen sei von geringerer Bedeutung.

Der Besuch der Delegation des „Lewiatan“ war ein Fragment des allgemeinen Programms, das wahrscheinlich im Sommer 1928 von der polnischen Regierung formuliert wurde, um zu einem besseren Zusammenleben mit dem östlichen Nachbarn zu verhelfen⁷². Eine gute Aussicht für das Zustandekommen dieses Zieles wurde durch die Tatsache geboten, daß der Minister des Auswärtigen sich entschlossen hatte, der UdSSR gegenüber eine selbständige, von den anderen Ländern unabhängige Politik zu führen. Bis dahin hatte Polen allzuoft seine politischen Manöver mit dem Standpunkt anderer Staaten verbunden (Frankreich, Großbritannien, Rumänien), die nicht selten eine Atmosphäre der Spannung aufzuerhalten interessiert waren.

Am 1. Dezember 1928 faßte das Wirtschaftskomitee der Minister den Entschluß einer Wiederaufnahme der Gespräche betreffs der Regelung der Handelsbeziehungen mit der UdSSR⁷³. Bald danach schlug die UdSSR Polen vor, das Protokoll von der vorfristigen Einführung des Briand-Kellog-Paktes vom Kriegsverbot zu unterzeichnen; der Vorschlag wurde angenom-

⁷⁰ DWP XI Nr. 41, 82, 124, 148, 221, 223, 359, 364, 383.

⁷¹ MiD V Nr. 188.

⁷² MiD V Nr. 189.

⁷³ MiD V Nr. 195.

men⁷⁴. Am 13. Februar erhöhte das Wirtschaftskomitee der Minister den Finanzkredit für die Gesellschaft „Polros“ um 100 000 Dollars (bis auf die Summe von 1,1 Mill. Dollar)⁷⁵.

Es ist jedoch festzustellen, daß die Beschlüsse der Regierung, die die Entwicklung der Handelsbeziehungen anstrebten, auf Gegenwirkung mancher Mitglieder des Kabinetts stießen. Bereits Anfang Dezember verlangte der Finanzminister G. Czechowicz eine Verbindung der Angelegenheit der zusätzlichen Warenkredite für die UdSSR mit dem Problem der Regelung der rückständigen Verpflichtungen der Sowjetunion auf Grund des Traktats zu Riga⁷⁶. Man hatte dabei damit zu rechnen, daß die UdSSR im Falle solcher Bedingungen die Unterredungen aufgeben werde. Von den Widerständen in dem Kreis des Ministerrates zeugen auch die Formulierungen in dem erwähnten Antrag um die Erhöhung der Kredite für „Polros“.

Das Jahr 1929 brachte einen weiteren Anstieg des polnischen Exports in die UdSSR, wobei von besonders wesentlicher Bedeutung die Initiative der Ausfuhr von Hüttenprodukten aus Oberschlesien war. In dieser Angelegenheit kamen nach Moskau am 30. Januar 1929 Vertreter der Bismarckhütte⁷⁷. Sehr wichtige Bestellungen der Sowjets wurden in Łódź untergebracht, der Polnische Tabakmonopol dagegen kaufte eine große Partie Tabak in der UdSSR⁷⁸. Ein weiterer Anstieg des Exports kam im Herbst 1929 zustande⁷⁹. Diese Tendenz hielt auch in dem nächsten Jahre an, wobei besonders der Export der Hüttenprodukte stieg⁸⁰.

Die Veränderungen hingen mit etlichen Faktoren zusammen. Zu den wichtigsten gehörte die Tatsache, daß die polnische Industrie in den Zeitraum der sich verschlimmernden Konjunktur eintrat, so daß die Unternehmer immer mehr für den sowjetischen Markt interessiert waren. In derselben Richtung wirkte die Erhöhung der Kredite der Polnischen Bank für den Export in die UdSSR ein. Andererseits begannen die sowjetischen Institutionen manche Bestellungen in Polen unterzubringen, die vorher an deutsche Firmen vergeben wurden⁸¹.

Den Anstieg der polnisch-sowjetischen Umsätze begleiteten Gespräche betreffs eines Handelsvertrages. April 1929 überreichte S. Patek dem Ge-

⁷⁴ MiD V Nr. 199, 213, 215.

⁷⁵ MiD V Nr. 204.

⁷⁶ Antrag des Finanzministers auf dem KEM (Ökonomisches Komitee der Minister) am 7. Dezember 1928. AAN, KEM 430, K. 3 - 4.

⁷⁷ Der Kommerzienrat der Gesandtschaft der Republik Polen in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 7. Februar 1929. AAN, Botschaft in Moskau 46, K. 179 - 182.

⁷⁸ MiD V Nr. 229.

⁷⁹ MiD V Nr. 252.

⁸⁰ MiD V Nr. 273.

⁸¹ MiD V Nr. 252.

sandten der UdSSR in Warszawa, D. Bogomołow, eine Skizze der Prinzipien eines künftigen Vertrages⁸². Den sowjetischen Gegenvorschlag überreichte B. Stomoniakow im Mai an S. Patek⁸³. Die Standpunkte waren recht divergent. Den Ausgangspunkt in dem Vorschlag Pateks sollten die Erteilung eines Kontingents für die Ausfuhr polnischer Waren in die UdSSR und die Freiheit des Transits bilden. Stomoniakow lehnte den Grundsatz der Kontingente ab, schlug dagegen die Annahme einer Klausel der größten Bevorrechtung vor, außerdem die gleichzeitige Schließung langfristiger Handelsabkommen zwischen polnischen und sowjetischen Firmen, die für den Außenhandel zuständig waren. Die polnische Forderung war für die UdSSR nicht anzunehmen, aus dem Grunde, da die Einführung des Kontingentensystems eine Freiheit der Einfuhr aus Polen in den Grenzen der Kontingente voraussetzte, wider den rechtskräftigen Staatsmonopol des Außenhandels. Für Polen dagegen gewährte die Klausel der größten Bevorrechtung nur geringe Vorteile, nur von dem Standpunkte der Sowjets war sie wesentlich. In diesen Umständen gingen die Unterhandlungen nicht über das einleitende Stadium hinaus.

Die große Wirtschaftskrise, die gegen das Ende des Jahres 1929 entflammt war, beeinflusste alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens in Polen und hatte auch Veränderungen in der Wirtschaftspolitik zur Folge. Das Problem der Beziehungen zu der UdSSR zeigte sich jetzt in einem völlig anderen Licht.

Während der ganzen Zeit 1921 - 1929 befanden sich die polnisch-sowjetischen Handelsbeziehungen im Schatten der politischen Beziehungen. In beiden Ländern war man sich dessen bewußt, daß der Handel gegenseitige Vorteile bringen kann. Das war übrigens durch die geschichtliche Erfahrung begründet. In beiden Ländern kamen auch Tendenzen zur gegenseitigen politischen Zusammenarbeit zutage, die besonders nach 1925 sich festigten.

Andererseits bestanden weiter Gründe, die eine Wendung in den gegenseitigen Beziehungen unmöglich machten. Die polnischen Staatsmänner waren geneigt anzunehmen, daß die UdSSR eine Verständigung mit Deutschland auf Kosten Polens anstrebe, sie suchten demnach nach Sicherung und banden sich für den Fall einer solchen Eventualität durch Zusammenarbeit mit Frankreich und Großbritannien. In der UdSSR konnte man nicht umhin, dies als eine Probe der Bildung eines antisowjetischen Blocks zu deuten und versuchte dem vorzubeugen; einer der Wege, die zur Zerstörung dieses Blocks führen sollten, waren die Beziehungen zu Deutschland.

Einige polnische Politiker unternahmen Proben — vor allem in den Jahren 1921 - 1922 — die sowjetischen Republiken entweder auf dem Wege der Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten unter ihnen, oder auch durch

⁸² MiD V Nr. 227.

⁸³ MiD V Nr. 233.

die allmähliche Wiederkehr zu den kapitalistischen Wirtschaftsformen zu schwächen. Diese Bestrebungen erwiesen sich unreal, doch kamen Tendenzen zu Gesprächen mit der Sowjetunion „vom Standpunkt einer Großmacht“ zum Vorschein. In Moskau sah man darin eine unmittelbare Gefährdung.

Gleichzeitig nahmen die polnischen Wirtschaftskreise eine zurückhaltende Stellung ein, was die Möglichkeit eines gegenseitigen Handelsaustauschs anbetrifft. Die Unternehmer verstanden es nicht sich an das System des Staatsmonopols des Außenhandels anzupassen und erwarteten, daß sich in ihm Einbruchsstellen zeigen werden. Man traute nicht den Finanzverpflichtungen der UdSSR und vor allem, der Beständigkeit des sowjetischen Systems.

In dieser Sachlage sah die Mehrheit der polnischen Politiker und Wirtschaftler in den Beziehungen mit der Sowjetunion vor allem ein Risiko, zugleich überschätzte man die Vorteile, die sie der sowjetischen Seite bringen könnten. Dieses veranlaßte zu einer steifen Stellungnahme in den Gesprächen und zu Proben der Ausnutzung aller Schwierigkeiten des Partners — auch wenn sie nur vorübergehend waren — zu Steigerung von Forderungen. Das Interesse für die Beziehungen mit der UdSSR wuchs in der Regel immer dann zu, wenn die polnische Wirtschaft sich in Schwierigkeiten befand.

In der UdSSR überschätzte man ebenfalls im allgemeinen die Vorteile für die Polen, die aus einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern hervorgehen könnten.

In dieser Situation, als man auf beiden Seiten das wirtschaftliche Interesse der anderen Seite überschätzte, war es demnach sehr schwer eine Verständigung zu erreichen. Dieses gelang nicht den wenigen polnischen Staatsmännern, die sich der Wichtigkeit solcher Verständigung sowohl hinsichtlich der internationalen Lage im allgemeinen, als auch der wirtschaftlichen Lage Polens bewußt waren (W. Grabski, E. Kwiatkowski, A. Skrzyński).

Eine Analyse der Entwicklung der polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1921 - 1929 zeigt, daß im allgemeinen ein größeres Interesse an der gemeinsamen Annäherung die sowjetischen Politiker aufwiesen. Die polnischen Diplomaten dagegen verhielten sich sehr zurückhaltend und nutzten die günstigsten Momente, in denen eine Anknüpfung der Zusammenarbeit möglich war, nicht aus. Ohne dessen konnte keine Rede von einer Entwicklung der Handelsbeziehungen sein.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Handelsbeziehungen zwischen Polen und der UdSSR sehr oft auch auf sehr ernste objektive Hindernisse gestoßen haben. Die UdSSR brauchte ansehnliche finanzielle Mittel, die Import- und Exportoperationen dagegen waren mit Krediten verbunden. Indessen besaßen die polnischen Unternehmer nicht genügend Mittel, um Kredite in ausreichendem Ausmaß zu gewähren. Eine Belebung der polnisch-sowjetischen Beziehungen erforderte eine finanzielle Hilfe der staatlichen

Institutionen. Die Behebung der Hindernisse politischer Natur und die Beseitigung der Furcht der Unternehmer war die Grundlage für die Entwicklung eines gegenseitigen Handels. Einen Beweis dafür liefert die Tatsache, daß die oberschlesische Industrie mit dem Export in die UdSSR im Jahre 1929 begann, als sie sich im Angesicht der Konjunkturschwierigkeiten befand. Das Ungenüge an Kapital in Polen verursachte, daß man keinen allzu großen Warenumsatz zu erwarten hatte. Im Ergebnis konnten also die polnischen Unternehmer vor allem als Vermittler zwischen der UdSSR und anderen kapitalistischen Staaten auftreten. Diese Rolle würden sie jedoch nur dann ausgefüllt haben, wenn die polnisch-sowjetische Annäherung vor den Kontakten der UdSSR mit anderen kapitalistischen Ländern eingetroffen wäre.

Übersetzt von:
K. TOBY-TERESZYŃSKA

